Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 37 (2018)
Heft: 71

Artikel: "Was wäre die Schweiz ohne ihr Alter Ego, den Ausländer?"
Autor: Espahangizi, Kijan / Falk, Francesca / Jain, Rohit
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781015

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Regula Flury

«Was wäre die Schweiz ohne ihr Alter Ego, den Ausländer?»

Interview mit Kijan Espahangizi, Francesca Falk und Rohit Jain

Was ist das Verhältnis von Nationalstaat, Föderalismus und Migration in der Schweiz? Menschen ohne Schweizer Pass (Migrant*innen, Sans-Papiers, Geflüchtete) machen rund einen Viertel der Menschen in der Schweiz aus. Die Volkswirtschaft ist auf migrantische Arbeitskräfte dringend angewiesen. Trotzdem ist dieser beachtliche Teil der Bevölkerung in den politischen Institutionen der Schweizer Demokratie nicht vertreten. Welche Fragen wirft dies aus der Perspektive der Migration auf? Welche Kämpfe werden dazu geführt und müssen noch geführt werden?

Francesca Falk, Rohit Jain und Kijan Espahangizi setzen sich als WissenschaftlerInnen und AktivistInnen seit vielen Jahren intensiv mit diesen Themen auseinander. Kijan Espahangizi ist Historiker. Er arbeitet aktuell zur Geschichte der Migrationsforschung und zum Konzept der postmigrantischen Gesellschaft, u. a. am postmigrantischen Think & Act Tank Institut Neue Schweiz (INES). Francesca Falk ist Historikerin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. die historische Analyse von Machtverhältnissen, die Geschlechter- und Migrationsgeschichte sowie die Geschichte des (Post-)Kolonialismus. Rohit Jain ist Sozialanthropologe. Er arbeitet als Geschäftsführer am INES und hat über transnationale Lebenswelten von schweizerisch-indischen Second@s, über Rassismus & Humor sowie über die postkoloniale Schweiz publiziert.

Das schriftliche Interview führte Regula Flury.

RF: Aus einer geschichtlichen Perspektive betrachtet, was kam zuerst, Migration oder Nation?

Kijan Espahangizi: Das hängt davon ab, was man unter Migration versteht. Wenn damit gemeint ist, dass Menschen ihren Wohnort ändern und ihn einigermassen dauerhaft in andere politische bzw. soziokulturelle Einheiten verlegen, dann ist Migration menschheitsgeschichtlich natürlich weitaus älter als der moderne Nationalstaat. Ich finde diesen Blick auf den «homo migrans» aber nicht besonders spannend, weil er uns überhaupt nicht hilft, die heutigen Realitäten der Migration zu verstehen. Im Gegenteil, diese Universalgeschichte der Migration neigt dazu, das «Nomadische» als urmenschliche und zugleich fast schon inhä-

rent widerständige Existenzweise zu verklären. So musste in den letzten Jahrzehnten durchaus auch in linken Theoriedebatten der «Migrant» nicht selten als Substitut für abhandengekommene revolutionäre Subjekte herhalten. Die Ersten, die eine solche Sicht ablehnen, sind Menschen, die heute ohne privilegierten Reisepass migrieren müssen. Migration ist keine revolutionäre Befreiungsbewegung und Migrant*innen sind keine Avantgarde einer kommenden postnationalen Ordnung. Migration ist weder einfach Bereicherung noch Bedrohung, sondern eine Realität, der wir uns stellen und die wir möglichst demokratisch gestalten sollten. Ich finde es viel wichtiger, das Entstehen von modernen Nationalstaaten und dem «Migrationsproblem» als Wechselwirkung bzw. als zwei Seiten einer Medaille zu verstehen. Migration ist, wenn Bewegungen von Menschen – als Arbeitskräfte und/oder Flüchtlinge und in Abgrenzung von Gütern und Kapital – durch ein weltweites System nationalstaatlicher Grenzdispositive und internationaler Verträge reguliert, kontrolliert, hervorgerufen, gefördert, eingedämmt, erforscht, erfasst und problematisiert werden. Oder um es vielleicht überspitzt auszudrücken: Ohne ein internationales System von Nationalstaaten gäbe es auch keine Migration.

Francesca Falk: Ich benutze Migration als Analysebegriff breiter. Ich finde nicht, dass wir Bewegungen nur dann als «Migration» bezeichnen können, wenn ein internationales System von Nationalstaaten existiert. Mir ist in diesem Zusammenhang aber vor allem ein Punkt sehr wichtig: Wenn heute nicht wenige Wissenschaftler*innen zu Recht darauf verweisen, dass Migration als Normalität in der Geschichte zu begreifen ist, dann dürfen wir zugleich die Folgen einer wirkmächtigen Politik der Sesshaftigkeit nicht aus den Augen verlieren. So ist etwa das 19. Jahrhundert als eine Periode zu begreifen, in der nomadische Lebensformen aufgrund des Kolonialismus weltweit immer stärker unter Druck kamen. Gerade in jenen Momenten, in denen aufgrund von kolonialen Konstellationen die Mobilität von Europäer*innen zunahm, wurde jene von «Fahrenden» pathologisiert, und zwar sowohl in den Kolonialgebieten wie auch in Europa selbst.

RF: Könnte die Tatsache der Migration, legaler wie illegalisierter, auch als Angriff auf den Nationalstaat gesehen werden?

Rohit Jain: Migration zeigt die Widersprüche des liberalen Nationalstaates knallhart auf. Staatsbürger*innenschaft und Grundrechte garantierten im modernen Nationalstaat zwar Schutz vor obrigkeitlicher Willkür, waren aber immer auch verbunden mit Ausschlüssen inner- und ausserhalb der Nation. Der liberale Staat ist immer auch illiberal. In der Schweiz zeigt sich dies, wie Francesca Falk schon sagte, gegen innen mit der erzwungenen Sesshaftmachung von «Heimatlosen» (oft Fahrenden wie Jenischen, Sinti und Roma), aber auch mit dem politischen Ausschluss von Frauen und Juden sowie dem Kampf gegen ländliche und religiö-

se korporatistische Verbände. Migration markiert umgekehrt den Widerspruch im liberalen Staat gegen aussen. Sie erzwingt erstens eine Auseinandersetzung mit dem politischen Projekt der Nation als homogener Einheit. Migration stellt zweitens den Anspruch auf eine nationale Identität wie auch die vermeintliche Universalität von Grundrechten infrage. Der Umgang Europas mit Migrantinnen, Asylsuchenden, mit Sinti, Roma und Juden zeigt dies auf. Sie haben im nationalstaatlichen System immer wieder kein «Recht auf Rechte», wie Hannah Arendt schrieb. Erst das Tilgen der Erinnerung an die Haitianische Revolution oder die Hexenverfolgungen erlaubten es, eurozentrische und patriarchal ausgeprägte Konzepte von Nation, Bürgerschaft oder Grundrechten als universell darzustellen. Wenn der Nationalstaat nicht imstande ist, transnationale, pluralistische und inklusive Formen von Bürgerschaft einzubeziehen, muss er die real existierende migrationsbedingte Vielfalt weiterhin mittels struktureller Gewalt leugnen.

Kijan Espahangizi: In den öffentlichen Debatten soll Migration – je nach politischem Standpunkt – inskünftig eingedämmt, geregelt oder wahlweise auch uneingeschränkt willkommen geheissen werden. Dabei fällt häufig eine wichtige Erkenntnis der Migrationsforschung unter den Tisch: Migration kann nicht vollständig reguliert werden. So zeigt die Migrationsgeschichte der Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine lange Kette von staatlichen Regulierungsversuchen, man denke nur an die vielzähligen Plafonierungs- und Kontingentverordnungen. Keine einzige dieser Massnahmen hat ihr Ziel wirklich erreicht. Trotzdem hat jede Regulierung Konsequenzen, häufig unvorhergesehene, die wieder auf Migrationsrealitäten einwirken und diese verändern. Bestes Beispiel ist das «Rotationsmodell» der Nachkriegszeit. Dieses sah vor, dass die Fremdarbeiter*innen nur temporär bleiben sollten. Dann war man auf einmal mit einer massiven Einwanderungssituation konfrontiert und musste Integrationsprogramme entwickeln. Sich dieser historischen Tatsache der Migration zu stellen, würde nicht unbedingt nationalstaatliche Strukturen infrage stellen, jedoch ihre Grenzen sichtbar machen. Dies würde realistischere Einschätzungen ermöglichen, was staatlich geregelt werden kann und was nicht, und vermutlich auch einen demokratisierenden, weil anerkennenden Effekt haben.

Migration stellt Grundkonzepte des modernen Nationalstaats infrage, wobei sich dieser aber auch in Abgrenzung von Migration entwickelte. Zudem findet sie immer auch im Rahmen von Vorstellungen und Wirklichkeiten statt, die in Bezug auf den Nationalstaat paradox sind. So ist der «Ausländer» im frühen 20. Jahrhundert gleichzeitig eine Gefahr und eine wichtige Folie, um die nationale Identität des «Schweizerbürgers» ethnisch zu stabilisieren. Das ist bis heute so, denn was wäre die Schweiz ohne ihr Alter Ego, den Ausländer? Auf der materiellen Ebene zeigt sich das Paradox insofern, als die Schweizer Wirtschaft einerseits seit Ende des 19. Jahrhunderts von Migration abhängig ist. Auch der Wohlstand, auf dem das demokratische System aufbauen und sukzessive soziale Gruppen wie etwa

die einheimische Arbeiter*innenschaft inkludieren konnte, gründet stark auf Migration. Andererseits basieren die nationalstaatlichen Systeme der sozialen Inklusion und Umverteilung, Stichwort Wohlfahrtsstaat, bis zu einem gewissen Grad auf der Abgrenzung gegenüber Migration. Für die Linke ist das ein zentrales Dilemma. Eine einfache Antwort gibt es leider nicht – weder Grenzen schliessen noch «no borders». Klar ist aber, dass die Schweiz ihre Realität als faktisches Einwanderungsland nicht anerkannt hat. Dass heute ein Viertel der Wohnbevölkerung im eigenen Land als «ausländisch» und nicht als Teil des «Schweizervolkes» gilt, ist die kumulierte Folge dieser Selbstlüge.

Francesca Falk: In einem Interview äusserte Milton Friedman, ein Vordenker des Neoliberalismus, kurz vor seinem Tod die Meinung, freie Migration und Wohlfahrtsstaat würden sich gegenseitig ausschliessen. Wenn diese Analyse zuträfe, dann wäre die Situation für jene, die sich für einen starken Sozialstaat und für ein Recht auf Migration einsetzen, ausweglos. Tatsächlich könnte «freie Migration» in der neoliberalen Denkweise auch als ein Projekt des Freihandels realisiert werden, wenn dabei ein territorialer Zugang gestattet, gleichzeitig aber der Zugang zum Sozialstaat verweigert würde.

Der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes sprach sich 2013 in einem Interview klar für die Personenfreizügigkeit aus, weil bei der Einführung von Kontingenten die Schweizer Landwirtschaft kaum mehr genügend Personal bekäme. Wenn wir also die Schweizer Landwirtschaft nicht einfach zu grossen Teilen «schliessen» wollen, bedeutet dies, dass die benötigten Arbeitskräfte auf anderen Wegen zu den Landwirt*innen kommen, z. B. als illegalisierte Landarbeiter*innen. Betrachten wir nun das von der SVP propagierte Verbot der Personenfreizügigkeit, dann scheint dessen Zielsetzung nicht darin zu liegen, Migration in quantitativer Hinsicht zu reduzieren, sondern Menschen zu prekarisieren: Nicht die Menschen, die in die Schweiz kommen, würden weniger werden, sondern ihre Rechte. Dadurch vergrössert sich die Kluft zwischen den in der Schweiz legal Arbeitenden und ihren illegalisierten Kolleg*innen, was Letztere in Bezug auf ihre Lohnkosten für Unternehmer*innen attraktiver macht. Es ist also nicht die Migration, die für den Wohlfahrtsstaat zu einer Gefahr wird, sondern die Illegalisierung der Migration, denn sie befördert tendenziell auch für legalisierte Arbeitskräfte eine Prekarisierung. Legale Migration hingegen kann auch dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu verbessern. Zum Beispiel sass in der Nachkriegszeit im Fall der in der Schweiz arbeitenden italienischen Landarbeiter*innen auch der italienische Staat mit am Verhandlungstisch. So wurden auch die unglaublich langen Arbeitszeiten der im Landwirtschaftsbereich angestellten Schweizer*innen zum Thema.

RF: Unter Nation wird eine territoriale Einheit von gemeinsamer Kultur und Sprache verstanden. Dies ist in der Schweiz nicht gegeben, weshalb sie auch als

*Willensnation bezeichnet wird. Ist dies eine Chance für die demokratische Teilhabe von Migrant*innen?*

Kijan Espahangizi: Man muss mit dem arbeiten, was da ist. Die Willensnation ist nicht das schlechteste aller Nationalmodelle. Die Frage ist, ob es gesellschaftliche Kräfte gibt, die diese alteingesessenen Narrative und Deutungsangebote, wie den Mythos von 1291 oder von 1848, für heutige Demokratisierungsprozesse aktualisieren, umdeuten und einspannen können. Wir versuchen das im Moment mit dem Aufbau des postmigrantischen Think & Act Tanks Institut Neue Schweiz (INES). Alteingesessene Linke mögen sich die Haare raufen, warum sich vermeintliche Ausländer*innen jetzt für eine «Neue Schweiz» engagieren, ein Name, den Faschist*innen in den 1930er-Jahren, aber auch Sozialdemokrat*innen in den 1940er-Jahren verwendeten. Freund*innen des trans- und postnationalen Diskurses mögen empört sein ob dieser vermeintlich rückschrittlichen Wendung zum Nationalstaat. Ich für meinen Teil kann nur sagen, dass viele Aspekte der demokratischen Teilhabe weiterhin an Nationalstaaten gebunden sind. Das ist ein primärer politischer Referenz- und Handlungsrahmen, der auch nicht mit dem aktuellen Trend hin zu einer Urban-Citizenship-Debatte einfach umgangen werden kann. Es ist ja auch nicht so, dass es keine transnationale und globale Ebene sozialer Kämpfe gibt, die relevant ist. Diese verschiedenen Dimensionen müssen vielmehr zusammengedacht werden. Es geht auch nicht darum, dem rechten einen linken Nationalchauvinismus entgegenzustellen, sondern der Transformation der Bevölkerung im Zeitalter der Migration Rechnung zu tragen. Es geht uns darum, einen postmigrantischen Anspruch zu formulieren an den Nationalstaat, in dem wir leben, selbstbewusst und auf Augenhöhe, nicht als ausländische Bittsteller*innen und auch nicht in Form einer Migrant*innen-Minderheitenpolitik. Migration hat unser aller Leben verändert, nicht nur das der Migrant*innen. Die zentrale Frage ist, wie können wir Demokratisierungsprojekte starten, die in der Lage sind, relevante Mehrheiten für sich zu gewinnen, d. h. mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Rassismuserfahrung, jenseits von ethnischen und politischen Identitäten.

*RF: Was bedeutet der Schweizer Föderalismus für die Migration? Unterstützt ein föderales und regionales System eine progressive Migrationspolitik? Oder ist es ein Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen?*

Rohit Jain: Es könnte die Meinung bestehen, dass die Schweiz wegen der sprachregionalen nationalen Vielfalt auch einen besseren Umgang mit Migration haben sollte. Dies ist aber nicht so: Die Schweiz unterscheidet politisch de facto zwischen sprachlich-regionalen (quasi autochthonen) und migrantischen Minderheiten. Während den ersteren klassisch multikulturalistische Kollektivrechte wie Bildungsautonomie, Repräsentation in Verwaltung und Fernsehen, Kultur-

förderung etc. gewährt werden, werden Migrant*innen über das Ausländer-, Asyl und Staatsbürgerschaftsrecht diszipliniert. Sie können heute nur durch Assimilation Schweizer*innen werden und staatspolitisch mit ihrer Mehrfachzugehörigkeit nie Anerkennung finden. Das ist ein staatspolitischer Widerspruch, der anscheinend niemandem auffällt, der aber eine Geschichte hat: Die Schweiz hat ein Modernisierungsmodell entwickelt, das die Sicherung von Wohlstand und nationaler Identität durch die Regulierung migrantischer Arbeitskraft schafft. Nach dem Ersten Weltkrieg fand zwischen den politischen Kräften ein Burgfrieden statt, der sich in der «geistigen Landesverteidigung» zementierte. Die Sozialdemokrat*innen erhielten den Wohlfahrtsstaat (und das Verbot der Kommunist*innen), die Liberalen das Wachstum und die Konservativen den ethnischen Nationalismus. Parallel dazu wurde ab 1917 mit der Gründung der Fremdenpolizei die Einwanderung reguliert und abgewehrt. Ein interessantes Detail, das den Widerspruch deutlich macht: 1938 – auf dem Höhepunkt der geistigen Landesverteidigung – wurde Rätoromanisch als vierte Landessprache anerkannt.

In der Migrationspolitik zeigt sich auch, wie die föderalen Strukturen des 19. Jahrhunderts aufrechterhalten werden: Noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts existierte keine nennenswerte nationale Migrationspolitik. Migrationspolitik (auch wenn sie nicht so hiess) betraf vor allem den Kantonswechsel von Schweizer Bürger*innen. Die kantonale Einbürgerung erfolgte dabei lange Zeit eher restriktiv, weil die Gemeinden kein Interesse an Einbürgerungen hatten – sie waren für die Armenfürsorge ihrer Einwohner*innen zuständig. Für Schweizer Bürger*innen wurden diese Barrieren mit dem Niederlassungsrecht in einem anderen Kanton nach langen Diskussionen aufgehoben. Die letzten Schranken fielen 1975. Für Ausländer*innen zeigen sich diese Restriktionen bei den Einbürgerungsanträgen weiterhin. Sie müssen beim Umzug die Wohnsitzfristen des neuen Kantons noch einmal erfüllen. Das erhöht die durchschnittliche Einbürgerungsfrist auf knapp fünfzehn Jahre.

Kijan Espahangizi: Ich denke, man sollte das nicht abstrakt diskutieren, föderal versus repräsentativ, sondern empirisch genau hinschauen. Da die Schweiz föderal aufgebaut ist, handelt es sich bei vielen Knackpunkten, die einer Demokratisierung der Migration im Wege stehen, auch um föderale Hemmnisse. Ganz zentral ist hier die subsidiäre Einbürgerungspraxis. Es sind nämlich zunächst einmal die Gemeinden, die aus Ausländer*innen Schweizer Bürger*innen machen. Dies ist heute mit ein Hauptgrund für die niedrige Einbürgerungsquote der Schweiz und ein wirkliches Problem in Bezug auf die Transformation der Schweiz zu einem inklusiven Einwanderungsland. Dass hier nach althergebrachten Vorstellungen «Fremdheit» diskriminiert wird, ist längst wissenschaftlich bestätigt. Gleichzeitig erhöht dieses subsidiäre System auch den disziplinierenden Assimilationsdruck auf Ausländer*innen. Man stelle sich einfach die psychischen Konsequenzen vor, wenn man in einer kleinen Gemeinde lebt und

weiss, irgendwann werden meine Nachbar*innen darüber bestimmen, ob ich es wert bin, eingebürgert zu werden. Einbürgerung sollte in der Tat heute in die Hände des Bundesstaates gehören. Der Föderalismus ist aber auch auf nationaler Ebene zu einem Hemmschuh für die Demokratisierung der Migrationsrealität geworden. Eigentlich brauchte es einen mutigen, legislativen Neuanfang, um die Schweiz als Einwanderungsland neu aufzustellen. Mit dem Ständemehr, das die weniger bevölkerungsreichen, ländlichen Kantone überrepräsentiert, ist daran jedoch aktuell nicht zu denken. Tatsache ist, dass die Migration längst neue gesellschaftliche Realitäten geschaffen hat, die Bevölkerung hat sich ethnisch pluralisiert. Mit den historisch etablierten Strukturen und Institutionen der demokratischen Entscheidungsfindung ist es letztlich nicht möglich, diese Realität angemessen gesetzlich anzuerkennen und umzusetzen. Ist deswegen ganz allgemein ein weniger föderales Modell vorzuziehen? Ich würde diese Schlussfolgerung so pauschal nicht ziehen. Es gibt in der Schweiz auch zentralistische Elemente, die höchst problematisch sind. Ein Beispiel dafür ist etwa die Schaffung des Zentralregisters für Ausländer*innen im Jahr 1973. Diese nationale Datenbank wurde eingerichtet, um das föderale Registerchaos in den Griff zu bekommen und die Kontingente für Fremdarbeiter*innen besser kontrollieren zu können. Heute hat die Nachfolgedatenbank ZEMIS (Zentrales Migrationsinformationssystem), die auch mit dem Migrationsregime der EU vernetzt ist, über elf Millionen Personendatensätze. Die relevante Frage ist also nicht: zentral oder föderal, sondern demokratisch-inklusiv und sozial gerecht oder nicht.

RF: Wie erklärt ihr euch den Zusammenhang zwischen den aktuellen rechten Diskursen des «Zurück zum Nationalstaat» und der «Eindämmung der Migration»?

Francesca Falk: Aufgrund der Globalisierung büsst der Nationalstaat bekanntlich an Souveränität ein. Folglich ergeben sich, etwas zugespitzt formuliert, zwei Handlungsoptionen. Entweder können in einem Staatenverbund Lösungen gefunden werden, die möglichst umfassend durchgesetzt werden können, etwa in Bezug auf die Erhebung von gleich hohen Steuern. Die zweite Option besteht darin, staatliche Handlungsmacht einzuschränken, um so z. B. die Macht multinationaler Unternehmen zu stärken und es für Staaten aufgrund der wirtschaftlichen Konkurrenzsituation möglichst schwierig zu machen, Steuern einzufordern. Um eine solche Politik den Stimmbürger*innen schmackhaft zu machen, wird gerne auf die Inszenierung staatlicher Souveränität zurückgegriffen. Und was eignet sich dafür besser, als die Thematik der Migration? Selbstverständlich ist die Migration durch einzelne Nationalstaaten nur beschränkt steuerbar. Gerade deshalb ist, etwa durch Ausschaffungskampagnen oder den Bau einer Mauer, staatliche Scheinsouveränität immer wieder von neuem zu inszenieren. Und das «Gute» dabei ist: Die Nichtumsetzbarkeit einer Politik der «geschlossenen Grenzen» kann stets damit begründet werden, dass dafür mehr Mittel, bei-

spielsweise militärischer Natur, zur Verfügung gestellt werden müssten. Ein solches Scheitern wird also nicht in dem Sinne interpretiert, dass der gewählte Lösungsansatz inadäquat ist, sondern dass dafür einfach mehr Ressourcen freigeschaufelt werden müssen. Das Misslingen ist also Teil dieser Strategie.

Auch wenn globale Probleme oft an der Grenze augenfällig werden und eine mediale Sichtbarkeit erhalten, dürfen wir zudem nicht vergessen, dass sie nicht dort entstanden und auch nicht dort zu lösen sind. Wenn wir eine globale Bewegungsfreiheit postulieren, ist es entscheidend, dass wir die Umstände, die zur Migration führen, nicht vernachlässigen. Ein Plädoyer für Bewegungsfreiheit bedarf meiner Meinung nach allerdings auch einer Mobilitätskritik. Da ist noch viel Umdenken nötig, bei uns allen. Gerade Wissenschaftler*innen haben sich im Umgang mit internationaler Mobilität, z. B. dem Besuch von Konferenzen, ein Verhalten angeeignet, das es in dieser Art einfach nicht mehr geben sollte.

RF: Neben den rechten Diskursen und Angriffen gibt es auch emanzipatorische Migrationskämpfe, die auf Inklusion zielen. Gibt es da Momente der Überschneidung mit sozialen Bewegungen?

Francesca Falk: Gegenwärtig wird Migration oft als Gefahr für die Gleichstellung der Frauen dargestellt. Eine solche Sichtweise ist allerdings nicht auf die heutige Zeit beschränkt. In den öffentlichen Debatten der 60er-Jahre wurden Italiener*innen oft in einer ähnlichen Weise dargestellt wie heute die muslimische Bevölkerung. Die italienischen Migrierten wurden allerdings nicht in gleicher Weise auf ihre Religion reduziert und nicht so eng mit dem Thema Terrorismus verknüpft, selbst wenn die in der Schweiz arbeitenden italienischen Kommunist*innen insbesondere zu den Zeiten der Brigate Rosse als Sicherheitsbedrohung galten. Da die italienischen Familien als fruchtbarer galten als die schweizerischen, wurde befürchtet, dass eine «Italianisierung» der Schweizer Bevölkerung nicht verhindert werden könne. Männliche Migranten hatten zudem den Ruf, Schweizerinnen sexuell zu belästigen. Unabhängig von den augenfälligen Defiziten der Schweizer Gesellschaft hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit – das fehlende Frauenstimmrecht ist dabei nur das bekannteste Element – wurden italienische Familien weiterhin als patriarchalisch charakterisiert.

Auch die Geschichtswissenschaft übernahm bei der Migrationsthematik manchmal Wahrnehmungs- und Sprachmuster, die hegemoniale Denkformen widerspiegelten. So wird die Nachkriegsmigration oft als einseitige Emanzipationsgeschichte erzählt: Italienische Frauen hätten demnach in der moderneren Schweiz ihre Freiheit entdeckt. Tatsächlich waren in Italien die Frauen damals in vielen Bereichen bessergestellt als in der Schweiz. Das Frauenstimmrecht wurde in Italien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt, und auch die Geschlechtergleichheit war viel früher in der Verfassung verankert. Ähnliche Verzögerungen beobachten wir auch bei der Einführung der Mutterschafts-

versicherung (in Italien in den 1950er-Jahren, in der Schweiz auf nationaler Ebene 2005). In der wissenschaftlichen Literatur wurde dies oft vernachlässigt, und es wurde in vereinfachender Weise angenommen, dass die Nachkriegsmigration die traditionellen Geschlechterrollen in der Schweiz verstärkt habe. Doch die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellte sich in diesen Jahren explizit für migrantische Familien. Veränderte Lebensstile – auch unfreiwillig praktizierte – führten dazu, dass der Aufbau einer Infrastruktur für Kindertagesstätten eine eigene Dynamik bekam und so langfristig eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Situation bewirkte. Auch viele Pionier*innen, die für das Frauenstimmrecht kämpften, hatten Migrationserfahrungen, ebenso wie zahlreiche der ersten Studentinnen, Professorinnen und Universitätsdozentinnen. Trotz exzellenter Studien ist dieses Wissen nur partiell in die deutungsmächtigen Überblickswerke eingeflossen. Dadurch fällt aber aus der Geschichtsschreibung heraus, wie Migration den Wandel von Geschlechterverhältnissen in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bildung und politische Rechte prägte. Ich möchte Migration deshalb als gesamtgesellschaftliche Prägekraft und als wirkmächtigen Bestandteil unserer Geschichte ins Blickfeld bringen.

Rohit Jain: In der Schweiz existieren seit den 1970er- und 1980er-Jahren in den Kirchen, in linken und christlichen Parteien, in NGOs und in den Gewerkschaften wichtige Solidaritätsbewegungen, die sich auf Humanitarismus, Ökumene oder Klassensolidarität berufen. Sie haben jedoch im Zuge der neoliberalen Wende (und der Aufnahme der Themen im Mainstream-Diskurs) viel an kritischem Potenzial verloren. Spätestens seit der Abstimmung gegen die «Masseneinwanderung» 2014 sind aber viele neue Initiativen entstanden. Etwa die Urban-Citizenship-Bewegung, die ausgehend von Zürich nun auch in Bern und Basel anwächst und sich auf nordamerikanische und europäische Initiativen bezieht. Sie verlangt, dass die Städte ihre soziale, ökonomische und kulturelle Rolle als Motoren von Vielfalt und sozialer Transformation stärker einfordern. Aber auch die Sans-Papiers- und die Asylbewegung verjüngten und verstärkten sich mit dem Sommer der Migration 2015. Sie fokussieren stärker auf die Community-Arbeit und entwickeln eine Kultur der transnationalen Solidarität. «No borders, no nations» und Bewegungsfreiheit sind die aktuellen Forderungen. Des Weiteren ist eine jüngere antirassistische Bewegung wie etwa die Allianz gegen Racial Profiling entstanden, die aktuelle antirassistische Konzepte mit Community Building verbindet. Und natürlich gibt es die liberale Bewegung um Operation Libero, die in Bezug auf Migrationspolitik einiges bewegt hat. Das Problem ist jedoch, dass diese Initiativen unter dem Strich sehr getrennt agieren. Das hat mit Ressourcen, Interessen, politischen Ansätzen und Netzwerken zu tun, aber auch mit einer neoliberalen Technokratie, die diese Themen voneinander trennt – als wären Eingrenzungen, Integrationsmaschinerie oder Racial Profiling nicht Ausdruck des gleichen Problems von institutionellem Rassismus. Zu einem grossen Teil sind viele dieser Initi-

ativen zudem Schweizer Solidaritätsbewegungen und die politische Teilhabe von People of Color und/oder mit Migrationshintergrund ist relativ schwach.

Im Vergleich zu den USA, Grossbritannien und auch Deutschland hat in der Schweiz nie eine migrantische, antirassistische Bürgerrechtsbewegung stattgefunden. Obwohl die Schweiz relativ gesehen eine grössere Migrationsbevölkerung hat, blieb es seit den italienischen Protesten gegen die Schwarzenbach-Initiative und gegen das Saisonnierstatut in den 1970er- und 1980er-Jahren ruhig. Die entscheidende politische und wissenschaftliche Frage ist im Moment, den Grund dafür zu verstehen: Ist es der relative Wohlstand der Schweiz? Ist es das ausgeprägte Assimilationssystem, also eine «Anti-Willkommenskultur», das politische Teilhabe abwürgt? Ist es der Föderalismus, der Bewegungen separiert? Oder ist es Ausdruck einer postkolonialen Amnesie, durch die Rassismus und Gewalt in der Schweizer Geschichte um jeden Preis geleugnet und dadurch Kämpfe gegen Rassismus delegitimiert werden? Wahrscheinlich ist es eine Mischung von allem, die ein spezifisches System des Teilens und Herrschens hervorbringt. Vermutlich braucht es einen symbolischen Auslöser, um Solidarität zwischen den Institutionen und Bewegungen zu schaffen und gleichzeitig die Bevölkerung zu mobilisieren. Statt vieler guter Projekte, Stimmen, Organisationen etc. braucht es eine Bürgerrechtsbewegung, ja eigentlich einen Migrant*innenstreik. Transnationale Vernetzungen sind ebenfalls zentral, denn wenn Rassismus und Kapitalismus transnational wirken, müssen es Widerstand und Kritik auch tun. Eine weitere Herausforderung besteht heute auch darin, die emanzipatorischen Bewegungen angesichts von antimuslimischem und antimigrantischem Rassismus nicht gegeneinander auszuspielen. Der Kampf um Privilegien im Kapitalismus entsolidarisiert.

In einem nicht institutionellen Sinn des Politischen verkörpert jedoch der Widerstand gegen den Ausschluss von Erfahrungen von Migration und Kolonialismus ein transformatives und utopisches Moment. Migrantische und postkoloniale Wirklichkeiten, Geschichten, Bilder und Stimmen, ihre transnationalen Archive drängen zunehmend an die Öffentlichkeit und fordern eine Gegengeschichte. Die jüngsten Initiativen müssen dies im Sinne einer sozialen Bewegung stärken, statt sich in institutionellen Kanälen zähmen zu lassen.

Kijan Espahangizi: Ich möchte noch anfügen, dass die Herausforderung heute darin liegt, Demokratisierungsprojekte zu entwickeln, die wieder auf *Gesellschaft* abzielen. Anders als bis zu den 1970er-Jahren können Fragen des Sexismus und Rassismus heute auch in der Linken nicht mehr einfach ausgeklammert werden. Die Arbeit in und an antirassistischen oder feministischen Communitys und Identitäten mag wichtig gewesen sein, um dies zu erreichen. Doch eine identitätspolitisch übertriebene Selbstbezüglichkeit von soziopolitischen Kontexten und die damit verbundene Reproduktion von problematischen Binaritäten, wie zum Beispiel weiss / of color, migrantisch / nichtmigrantisch etc., hilft uns letztlich nicht weiter.

LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS **2018**

ERST KOMMT DAS FRESSEN Hartz-IV-Menü und Feinkosttheke | Aufstand in der Lieferkette | Alternativen jenseits der Nische | Welcher Populismus für den ländlichen Raum? | Saatgut in Bauernhand | Den Boden neu verteilen | Imperiale Lebensweise meets Klasse | Was bleibt von 68?

MIT BEITRÄGEN VON Philip McMichael | Christa Wichterich | Kalyani Menon-Sen | Saturnino M. Borras | Stephanie Wild | Kirsten Tackmann | Linda Rehmer | Benjamin Luig | Steffen Kühne | Ulrich Brand | Markus Wissen | Rhonda Koch u.a.

Mai 2018, 132 S., Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.)

KOSTENLOS ABONNIEREN: WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Neue Wege

Religion
Sozialismus
Kritik

neuewege.ch

Für die LeserInnen
von *Widerspruch*

Neue Wege Schnupperabo

3 Ausgaben
zum Sonderpreis

15.–

Bestellung

Neue Wege
Postfach
CH-8048 Zürich
044 447 40 46
info@neuewege.ch

№ 5
Mai 2018

Genossin, Genosse: Wie hast du's mit der Religion?

Mit Beiträgen von

Peter Bichsel
Dolores Zoe Bertschinger
Wolfgang Fritz Haug
Fatima Moumouni
Irène Kälin
Franz Hinkelammert

№ 6
Juni 2018

Die Bibel zurückholen – Reclaim the Bible

Mit Beiträgen von

Eugen Drewermann
Brigitte Kahl
Fredi Lerch
Silvia Regina de Lima Silva
Luzia Sutter Rehmann

№ 7/8
Juli/August 2018

Commons

Mit Beiträgen von

Diego Irarrázaval
Jo Lang
Laura Lots
Fatima Moumouni
Bruno Stöckli